

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 9. September 2010

Gesch. Nr. 014/10

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

Postulat Fabian Molina, JUSO; Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken - Überweisung

[...]

7. GESCHÄFT-NR. 014/10

Postulat Fabian Molina JUSO, Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken - Überweisung

Der Postulant, Fabian Molina, SP/JUSO, begründet die Eingabe seines Vorstosses.

Die Finanzindustrie habe in jüngster Vergangenheit desaströs gearbeitet und gar ganze Länder in finanzielle Schwierigkeiten gerissen. Die Banken seien in dubiose Geschäfte verwickelt. Als sich die UBS in Richtung eines illiquiden Zustands bewegte, sprangen die Eidgenossenschaft bzw. die Schweizerische Nationalbank mit Beteiligungen ein, dies jedoch ohne irgendwelche Auflagen zu erteilen. Das räche sich jetzt. Die UBS werde weiterhin kriminelle Geschäfte mit Steuerbetrügern abschliessen.

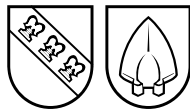
Auch die Credit Suisse gebare sich nicht besser. Sie schaffe falsche Anreize und verfüge über weltfremde Lohnsysteme inkl. Boni und über zu grosse Lohnschere (Unterschied zwischen tiefsten und höchsten Löhnen).

Molina ist sich bewusst, dass unsere Stadt nur ein kleiner Fisch im grossen Teich ist. Dennoch ginge es darum, ein Zeichen zu setzen. Andere Gemeinden haben die Geschäftsbeziehungen bereits unterbrochen.

Nach entsprechender Anfrage beim Stadtrat erklärt sich Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen, nicht bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Gemeinderat Livio Piatti, FDP/JLIE, sieht in diesem Vorstoss gleich eine Vielzahl von Problemen.

Einerseits jenes der Konserve. Der Inhalt dieses Postulates sei von der Parteileitung der JUSO vorfabriziert und dazu gedacht, es in den Städten und Gemeinden zu streuen. Zudem fehle der lokale Bezug. Was habe CEO der Credit Suisse, Brady Dougan, mit Illnau-Effretikon zu tun? Zudem seien die Unterstellungen, die pauschalisierten Behauptungen und die Tonalität des Vorstosses gemeinderatsunwürdig. Die FDP/JLIE-Fraktion wünscht sich hinsichtlich Themeninhalt von Geschäften: Keine Konserven, einen Bezug zur Stadt und ebenso keine lokalen Rundumschläge. Das Ratsbüro sei gehalten, die Vorstösse besser zu kontrollieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. September 2010

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, wähnt sich im Nationalrat. Höchstens dort sei die Diskussion dieses Schrottpapiers von der Thematik her anzusiedeln. Gehri spricht aus der Erfahrung seiner eigenen Geschäftstätigkeit. Die UBS und CS seien die einzigen Banken, welche KMU-orientiert handeln.

Gemeinderätin Ursula Bornhauser-Sieber, GLP, ist gegen eine Überweisung des Postulates. Nur 10 % des städtischen Vermögens befinde sich auf Konti bei den fraglichen Banken. Die Stadtverwaltung habe sicherlich anderes zu tun, als sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Für Gemeinderätin Gabriela Münger, SVP, ist die Behandlung dieses Vorstosses unverständlich. Alleine schon, dass das Ratsbüro den Vorstoss in dieser Form akzeptiert habe, werfe Fragen auf. Das Büro rüge Leute und der Stadtrat tadelt Mitglieder des Grossen Gemeinderates, die Verwaltung mit unnützen Vorstössen zu bemühen. Dabei ginge dieser Vorstoss doch ebenfalls in diese Richtung.

Gemeinderat Urs Käppeli, parteilos, hält fest, dass die Banken eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen schaffen. Dieses „Banken-Bashing“ sei Fehl am Platz. Die nationalen, als auch die Aussen-Angriffe mündeten in der Abschaffung des Bankengeheimnisses. Wenn so weiter gutschiert werde, gäbe es in der Schweiz irgendwann keine Banken mehr.

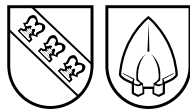
Stadtrat Ressort Finanzen, Philipp Wespi, JLIE, wiedergibt die Haltung der Exekutive.

Die Geschäftsbeziehungen mit den Banken UBS und CS beschränken sich auf je ein Konto pro Institut. Das Konto bei der UBS wird nicht aktiv bzw. lediglich für sporadische Zahlungen verwendet, und weist per 1. August 2010 einen Kontostand von rund Fr. 56'000.-- aus, was 0.3 % aller flüssigen Mittel ausmacht. Das Konto bei der CS wird für geringfügige, kurzfristige Liquiditätsanlagen verwendet. Per 1. August 2010 weist das Konto einen Bestand von Fr. 1,8 Mio. auf, was 8.6 % aller flüssigen Mittel ausmacht.

Das langfristige Schuldenportfolio der Stadt, welches aktuell Fr. 46 Mio. beträgt, besteht ausschliesslich aus Darlehen und Kассascheinen. Die Emission derer ist für Finanzinstitute wirtschaftlich lukrativ. Wie der Übersicht auf Seite 128 der Jahresrechnung 2009 zu entnehmen ist, sind sämtliche der verzinslichen Darlehen bei Sparkasse Zürcher Oberland, Postfinance und Zürcher Kantonalbank angelegt. Im Jahr 2010 besteht kein Bedarf zur Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital. Der Entscheid, welches Institut für die Schuldverschreibung jeweils berücksichtigt wird, erfolgt nach dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit. Zudem wird darauf geachtet, ein Klumpenrisiko zu vermeiden. Dies bedeutet, dass die Schulden auf verschiedene Institute verteilt sowie die Fälligkeiten gestaffelt werden.

BEGRÜNDUNG UND ARGUMENTE

Der Stadtrat ist nicht bereit dieses Postulat entgegen zu nehmen und die Geschäftsbeziehungen mit diesen Banken bis auf Weiteres zu sistieren. Dies geschieht aus folgenden Gründen:



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 9. September 2010

Wesentlichkeit

Die Saldi auf den Konten bei UBS und CS sind, wie in der Einleitung dargelegt, im Verhältnis zur Gesamtliquidität gering. Zudem ist die Stadt bei beiden Instituten nicht verschuldet. Die Geschäftsbeziehungen mit diesen Banken können deshalb zurzeit als unwesentlich bezeichnet werden. Art. 71 der Geschäftsordnung GGR besagt u.a., dass ein Postulat ein selbstständiger Antrag ist, mit dem der Stadtrat eingeladen wird zu prüfen, ob eine Massnahme in der Zuständigkeit der Exekutive zu treffen sei. Aufgrund der oben dargelegten Unwesentlichkeit sieht der Stadtrat aktuell keine Notwendigkeit, entsprechende Massnahmen zu treffen.

Handlungsfreiheit

Der Stadtrat ist verpflichtet, seine strategische Handlungsfähigkeit jederzeit und bestmöglich zu wahren, um die Interessen der Öffentlichkeit stets umfassend und jederzeit vertreten zu können. Auf veränderte Bedingungen muss der Stadtrat flexibel reagieren können. Dies schliesst aktuelle sowie zukünftige Geschäftsbeziehungen mit Bankinstituten ein. Eine Annahme des Postulates engt die Handlungsfreiheit des Stadtrates zu fest ein, da der Exekutive zukünftig nicht mehr alle Optionen offen stünden und sie nicht mehr flexibel reagieren könnte. Weiter ist es wichtig, die langfristigen Schulden bei verschiedenen Institutionen zu deponieren, um ein Klumpenrisiko zu vermeiden. Die Einschränkung der Bankenwahl würde es der Exekutive erschweren, diesem Grundsatz nachzukommen.

Wirtschaftlichkeitsprinzip

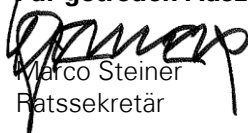
Der Stadtrat ist gesetzlich u.a. dem Wirtschaftlichkeitsprinzip verpflichtet. Dies bedeutet, dass er bei gleichwertigen Angeboten und Offerten verpflichtet ist, das wirtschaftlichste Angebot anzunehmen. Bei zukünftigen Schuldverschreibungen will der Stadtrat weiterhin alle in Frage kommenden Finanzinstitute im Ausschreibungsprozess berücksichtigen, damit zum Wohl der Öffentlichkeit das wirtschaftlichste Angebot angenommen werden kann. Eine Annahme des Postulates würde bedeuten, dass UBS und CS von vornherein nicht berücksichtigt werden könnten und der Stadt somit eventuell das wirtschaftlichste Angebot entgehen würde.

In diesem Sinne bittet der Stadtrat den Gemeinderat dieses Postulat nicht zu überweisen.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Gemeinderat verweigert die Überweisung des Postulates mit 21: 5 Stimmen.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 10.09.2010

ms